Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 2

Artikel: Diskussion : ein Plädoyer für eine Politik gegen den Strom ; Der Friede kommt nicht mit dem Stimmzettel
Autor: Gross, Andreas / Spieler, Willy
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143180

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nen Film über die Zerstörung der Stadt. Jetzt sehe ich viele in den Kneipen sitzen, unter den Lichtern entlang der Weichsel. Wie schön so eine wiederaufgebaute Altstadt ist, denke ich. Noch einmal – zum wievielten Male? – gehen wir in eine Kirche, müssen aber lange warten, bis die Menge der Menschen – Tausende? – herausgekommen ist. Eine «Messe für das Vaterland» scheint gerade zu Ende gegangen zu sein. Der Pfarrer habe gesagt, man solle morgen zur Beerdigung von Popieluszko gehen, morgen um 11 Uhr, an seiner Kirche, sagt jemand von den Herauskommenden.

Sonnabend, 3. November:
«Wir vergeben den Mördern»

Nach einer Weile im Auto werden wir von der Polizei angehalten, kommen trotzdem etwas weiter, fahren das letzte Stück mit der überfüllten Strassenbahn.

Ein Platz in der Nähe der Kirche ist schon fast voll. Strassenbahngeleise werden freigehalten. Und das nahezu ohne Polizei.

Das hatte ich noch nie gesehen: so viele Menschen auf Dächern, auf Gerüsten, Zäunen, Mauern. Wir kommen gar nicht an die Kirche heran, versuchen es mehrmals, laufen mit Leuten durch Gärten und Vorgärten, geben es schliesslich auf, bleiben irgendwo auf der Strasse. Hinter den Dächern über uns die Turmspitzen von Popieluszkos Kirche. Menschen aller Altersstufen um uns herum. Links neben mir eine Frau mit Tränen in den Augen und einer Solidarnosc-Plakette. Rechts kniet ein junges Paar auf dem Bürgersteig. Sie beten. Sie haben ihr Baby auf einen Fenstersims gelegt. Es schläft dort.

Die Lautsprecher funktionieren ausgezeichnet. Es sprechen ein Kardinal, ein Hüttenarbeiter, ein Arzt, eine Krankenschwester, ein Schauspieler, ein Pfarrkollege Popieluszkos.

«Popieluszkos Tod kann mit dem Tod von Christus verglichen werden. Er ist ein Märtyrer für den Glauben . . .», so Kardinal Glemp. Dann Lech Walesa. Bereits als er angekündigt wird, kommt viel Beifall auf. «Wir werden uns durch die Gewalt nicht niederdrücken lassen», übersetzt mir mein polnischer Gastgeber. Und: «Popieluszko hat die Solidarität begleitet und das Wort Gottes gepredigt.» Walesa wiederholt noch einmal: «Wir geloben, dass wir uns niemals der Gewalt beugen wollen. Könnt ihr das geloben?» Es gibt darauf viele Rufe: «Wir geloben!»

«Wir werden diesen Tag nie vergessen!» ruft Walesa.

Ich werde den Tag wohl auch nicht vergessen. So viel Licht an diesem 3. November 1984, nicht nur Tausende von Kerzen um die Kirche, sondern auch ein Licht anderer Art: «Wir vergeben den Mördern. Und wir bitten um deren Wandlung», hatte Kardinal Glemp gesagt. Und Walesa: «Wir werden Böses mit Gutem beantworten.»

Auf dem Nachhauseweg: Links und rechts der breiten Strasse die Zurückkommenden, schnell, auf der Strasse auch. Fast nirgends Polizei. Busse und Strassenbahnen werden durchgelassen. Keine Transparente. Keine Rufe. Schweigen, ein endloser Zug von Menschen aus der Vorstadt ins Zentrum von Warschau. Eine halbe Million soll es gewesen sein.

Diskussion

Ein Plädoyer für eine Politik gegen den Strom

Warum verharren die «Neuen Wege» lieber im alten Unfrieden, als neue Wege zum möglichen Frieden zu wagen?

«Angst und Hoffnung sind Zustände, die man hat oder die man nicht hat», schrieb der Philosoph Ernst Bloch vor 22 Jahren. Die «Neuen Wege» waren bisher für mich Blätter, die nicht nur Hoffnung hatten, sondern sogar auszustrahlen wussten. Angst haben auch an-

dere. Doch in und mit den «Neuen Wegen» vermochten viele zu zeigen, wie wir uns von Angst nicht lähmen lassen müssen, sondern sie mittels ihrer Umsetzung in Furcht und eingedenk einer hoffnungsvollen Zuversicht in die Verwirklichbarkeit des Möglichen in gemeinsames, politisches Handeln umsetzen können.

Es verwunderte mich deshalb nicht, sondern bestärkte meine Zuversicht, dass die «Religiös-soziale Vereinigung» mit den «Christen für den Sozialismus» inklusive Redaktor Willy Spieler ausserhalb der Jungsozialisten das erste Kollektiv bildeten, das an einer gemeinsamen, gut besuchten Versammlung im Sommer 1981 sich entschieden für die Unterstützung der «Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee» aussprach. Sie liessen damals im Zürcher Gartenhof den ermutigenden Worten durchaus die entsprechenden Taten folgen: Zur materiellen Unterstützung allfällig in der Folge des Engagements für eine Schweiz ohne Armee bedrängter Menschen äufnete die Versammlung damals einen Solidaritäts-Fonds, in den die Versammelten sofort 250 Franken legten. Sie sind genauso immer noch vorhanden.

Diese Versammlung bestätigte mir, dass auch ältere Menschen dem nachleben, was damals in den «Subito»-Zeiten Jugendliche und junge Erwachsene auf die Strassen trieb und das kein (für die «Neuen Wege») geringerer als Leonhard Ragaz 1919 mit den Worten zum Ausdruck zu bringen verstand: «Wir wollen nicht bloss das darstellen und verlangen, was heute möglich ist, sondern verlangen ein anderes Heute und glauben daran» (Pädagogische Revolution, S. 122). An ihrer Versammlung vom 2. Februar 1985 bekräftigte die Zürcher «Religiös-soziale Vereinigung» ihre positive Einstellung zur Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee mit 12 gegen 5 Stimmen.

Diese Einleitung ist mir wichtig, weil ich damit verständlich machen will, welche Enttäuschung bei mir die Spielerschen «Zeichen der Zeit» in der November-Ausgabe der «Neuen Wege» hervorriefen. Ich glaubte meinen Augen nicht zu trauen, plötzlich aus der Schreibmaschine dessen solches vernehmen zu müssen, der etwa eineinhalb Jahre zuvor im persönlichen Gespräch noch freudig anerkannt hatte, wie wir mit unserer Idee Ragaz aktualisierten und sein «Verlangen nach einem anderen Heute» politisch umzusetzen versuchten.

Ich kann ein solches Verlangen in Willy Spielers Rundschlag gegen die Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee, auf den ich im folgenden einzugehen versuche, nicht mehr erkennen. Ebensowenig Hoffnung! Obwohl Hansjörg Braunschweig, der neue Präsident der Vereinigung «Freunde der Neuen Wege», vor einem halben Jahr an dieser Stelle die These bekräftigte, dass «Hoffnung das wichtigste Wort in unserer Zeit» sei, und gleichzeitig den Satz daran anschloss: «Hoffnung setzt Utopie voraus, und gleichzeitig ist Hoffnung auf dem Weg zur Utopie eine Etappe» (NW 1984, S. 245). Ich meine, wir müssten solches nicht nur schreiben, sondern in unserer Politik aufscheinen lassen.

Was Willy Spieler als «verhältnismässig konkretere Schritte» in Richtung «Schweiz ohne Armee» vorschlägt, würde sofort auch von unserem Aussenminister Pierre Aubert unterschrieben. Zu einer christlichen Feierstunde, «vorläufig» und «unverbindlich», möglicherweise gar vom derzeitigen Bundespräsidenten. Jedenfalls vermögen diese sehr real- und parlamentspolitischen Schrittchen unseren heutigen Erkenntnisstand, dass die Schweiz schadlos auf eine Armee verzichten könnte – was, wenn ich ihn richtig verstanden habe, Willy Spieler durchaus ebenso sieht –, nicht mit der unserer wenig offenen Öffentlichkeit angemessenen Klarheit und Entschiedenheit zum Ausdruck zu bringen. Ebensowenig – wahrscheinlich weil die Schrittchen zu klein sind, um Richtung anzudeuten – vermögen sie jene Menschen mit neuer Hoffnung, neuem Mut und Zuversicht zu erfüllen sowie zu Taten zu motivieren, welche wir zur gemeinsamen Verwirklichung des sachlich Möglichen, dringend Nötigen und ethisch Richtigen so benötigen. *So* wird ganz gewiss kein Wärmestrom sich entwickeln können. Diese Schrittchen vermöchten höchstens jene mit einer dicken Haut zu erwärmen und diese sind dagegen gefeit. Deshalb lässt sich ja derzeit rein parlamentarisch das gesellschaftlich Nötige und Dringende nicht durchsetzen.

Man muss sich zur Zusammenfassung dieses Aspekts gar nicht auf Karl Marx berufen, sein reformerisch tätiger Zeitgenosse und

SPD-Pionier Ferdinand Lassalle genügt: «Alle grosse politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.»

Wie aktualisieren wir die politische Motivation von Leonhard Ragaz?

«Epigonen» sind gemäss Duden «Nachahmer ohne Schöpferkraft». Solche hat tatsächlich niemand nötig. Es kommt also darauf an, die grundsätzliche Perspektive – wir könnten auch vom politisch-kulturellen Anspruch und Motiv reden – jener herauszuschälen, die jeder für sich als Massstäbe der Vergangenheit erkannt hat, um diese Perspektive in den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen aufzunehmen und politisch zu aktualisieren. Darin wäre dann – alles verkürzt entwickelt – der eigene «schöpferische» Beitrag zu suchen, der uns von «Epigonen» unterscheidet.

Im friedenspezifischen Bereich wären dies für mich persönlich – einmal ganz unbescheiden und eingedenk der eigenen Unzulänglichkeiten – Menschen wie Ragaz, Einstein, Ghandi, King und Bloch. Da dies für viele Leserinnen und Leser der «Neuen Wege» zumindest teilweise ähnlich sein könnte, ist es trotz aller Gefahren der Dogmatik verlokkend, Wesentliches der politischen Motivation beispielsweise eines Ragaz zu aktualisieren und zu verdeutlichen. Ich möchte diesem Reiz für einmal nicht widerstehen.

1918 schrieb Ragaz noch: «Die Niederlage der Waffen durch ganze Völker mag ein Ideal für eine Zukunft, aber sie kann nicht ein Massstab des sittlichen Urteils für die Gegenwart (. . .) sein.» (NW 1918, S. 341). 1933 schrieb Ragaz jedoch bereits: «Die Armeen gewähren die gesuchte Sicherheit nicht, im Gegenteil, sie verbreiten Unsicherheit. Sie erregen Angst (. . .). Die Armeen sind heute die schwerste Gefährdung des Friedens. Davon macht die schweizerische, grundsätzlich betrachtet, keine Ausnahme. Auch sie ist (. . .) ein verkörpertes Bekenntnis zum Gewaltglauben, zum Unglauben gegenüber dem Rechts- und Friedensgedanken. (. . .) Wir halten den Glauben, dass heute noch unsere Armee unser Land gegen einen Angreifer verteidigen und es retten könne, für eine der schwersten Gefahren, die unser Volk bedrohen» (Die Erneuerung der Schweiz, ein Wort zur Besinnung, S. 73ff.).

Ragaz wollte damals, 1933, also vor 50 Jahren, die «militärische» durch die «soziale, kulturelle, politische» Verteidigung ersetzen. Daran hält Willy Spieler wörtlich heute noch fest. Darin mag ich noch zu wenig Schöpferisches erkennen. Obwohl sich seit 1945 Grundlegendes – zugunsten des alten Ragazschen Standpunktes von 1933 – geändert hat.

Die Unzulänglichkeit des alten Begriffs «Soziale Verteidigung»

In den letzten 50 Jahren waren kriegstechnologische Entwicklungen festzustellen, die unserer Meinung nach den Begriff «Verteidigung», mit welchem Adjektiv auch immer, als wesentliche Kennzeichnung der dem Militärischen diametral entgegengesetzten zivilen Politik zum Frieden unzulänglich machen. «Verteidigung» ist immer noch viel zu sehr im Militärischen verhaftet. Stichworte dazu: Feindbild, Bedrohungsbild (ein «nationaler Angreifer», nationale Grenzen als relevante Faktoren, Nationalstaat als bedrohte Einheit etc.), defensive Igelmentalität.

Wir haben in der Diskussion im Rahmen der GSoA – vorwiegend während des Jahres 1983, als sich allerdings erst wenige Aussenstehende für unser Anliegen interessierten und es mitzugestalten versuchten, was sich mehrheitlich erst mit der Fixierung des Lancierungszeitpunktes änderte, was ebenfalls zu befragen wäre – die Unzulänglichkeiten des alten Begriffs «Soziale Verteidigung» zu erkennen geglaubt und ihn entsprechend zu ersetzen versucht. Um nicht seine vordergründige Enge beispielsweise mit dem Begriff «Sozialer Widerstand» neu abzubilden, begannen wir mit dem Konzept «Umfassende Friedenspolitik» zu arbeiten und haben es zu konkretisieren versucht (beispielsweise GSoA-Info 5, S. 14). Einerseits kommt darin der perspektivische Anspruch besser zum Ausdruck als in defensiven Begriffen wie Verteidigung oder Widerstand, andererseits liegt dem Konzept ein struktureller Ansatz zugrunde, der über individuelle Verhaltensansprüche hinausgeht. Allerdings ist einzugestehen, dass wirklich «umfassend» kaum je ein politisches Konzept sein kann, das sich der Gefahr des Totalitären nicht aussetzen will; im Gebrauch dieses Wortes kommt hingegen

das Bemühen um Tiefe, Breite und Weite zum Ausdruck.

Diese Überlegungen sind übrigens gar nicht so überstürzt. Ruedi Epple schrieb beispielsweise in seinem Beitrag zum Pestalozzi-Buch «Rettet die Schweiz – schafft die Armee ab!»: «Soziale Verteidigung ist Teil einer umfassenden Friedenspolitik. Umfassende Friedenspolitik baut strukturelle Gewalt ab, verhütet Kriege und verteidigt im konkreten Konfliktfall gesellschaftliche Verhältnisse» (S. 194). Dieses Konzept ist folglich auch in der friedenspolitischen Theoriegeschichte nicht so «beliebig bestimmbar», wie Willy Spieler uns vorwirft. Es spricht auch nicht sehr für sein Zutrauen in uns, selbst auch etwas denken und selbstkritisch hinterfragen zu können, wenn er die Initiative als «unbedacht» und unser ziviles Gegenstück als «Leerformel» diskreditiert. Leider hat auch alt Bundesrat Friedrich so reagiert, der unsere Überlegungen als «leeres Geschwätz» vom Tisch wischte (NZZ, 16.Oktober 1982).

Selbst im Initiativtext, der juristischen Restriktionen unterliegt, können wir tragende Säulen dieser Friedenspolitik benennen: «Stärkung der Selbstbestimmung» einzelner und Völker sowie die «Solidarität unter den Völkern». Dieses Konzept ermöglicht uns gleichzeitig, anmassende Beschränkungen zu vermeiden, für gedankliche und gesellschaftliche Entwicklung offen zu sein und uns dennoch nicht im Unendlichen zu verlieren. Damit lassen sich «Fundamente des Friedens» schaffen, die Jakob Bührer schon 1962 verlangte als Erweiterung der Beschränkung «Anti-Atom».

Wider die Suche nach einer Zukunft in der Vergangenheit

Was Ghandi 1933 in Lausanne moralisch begründet hat: «Die Schweiz hat keine Armee mehr nötig. Sie könnte mutig sein, sich ohne Waffen zu behaupten», begründete Albert Einstein nach Ende des Zweiten Weltkrieges mit dem neuen qualitativen Sprung, den selbst Ragaz nicht erahnen konnte: «Die entfesselte Macht des Atoms hat alles verändert, nur nicht unsere Denkweisen, auf diese Weise gleiten wir einer Katastrophe ohnegleichen entgegen. Wir brauchen eine wesentlich neue Denkungsart, wenn die Menschheit am Leben bleiben soll.» Sowie: «Der Kampf um diese neue Einstellung des politischen Denkens und Fühlens ist ein schwerer, weil er die Traditionen von Jahrhunderten gegen sich hat» («Mein Weltbild», S. 76). In der Schweiz bestimmt ganz besonders.

Max Frisch formulierte dies 1966 schier unübertrefflich: «Wir leiden (. . .) an einer Verteidigungs-Mentalität. Ihre Schwäche: Man erreicht bestenfalls, was man schon gehabt hat, und das ist kein Anreiz zur schöpferischen Bewegung. Das hat etwas Rentnerhaftes.» Frisch meinte, «Zukunft werde überhaupt als Bedrohung empfunden», und fragte: «Was will die Schweiz von der Zukunft: ihre Vergangenheit?» (Forderungen des Tages, S. 194/195)

1966 sprach sich Max Frisch noch für die Armee «als Spielraum für nationales Empfinden» aus; wo es tatsächlich um unsere Existenz ginge, würden wir – «gottlob» – realistisch handeln. Hans Saner entwickelte 1968 – von den NW abgedruckt – in der Logik Einsteins die realen Möglichkeiten eines Kleinstaates, aus dem «Kriegssystem» auszubrechen. Roman Brodmann zeichnete 1971 die Utopie «einer solidarischen Schweiz», welche gleichzeitig einen «nationalen Spielraum» wie eine der Zukunft entsprechende Form der Existenzabsicherung ermöglichen würde (GSoA-Info 1, S. 34). Ich meine, wir könnten heute einen grösseren Beitrag zur Aufrechterhaltung und Bereicherung unserer Existenz leisten, wenn wir hier ein Wagnis auf uns nehmen würden, das kleiner wäre als die Suche der Vergangenheit in der Zukunft. Solche Wahrheiten «brechen nicht selber ihre Bahn» (Bloch). Ebensowenig kann man «nicht etwas voll erkennen und nicht tun» (Hohl, Notizen, S. 38).

Statt Verlust der Zuversicht: antizyklisches politisches Verhalten

Einer unserer hier geforderten Hebel ist die Volksinitiative – freilich nicht im landläufigen Verständnis. Dazu wäre gewiss noch eine längere Erörterung nötig. Zumal nach den Enttäuschungen von 1984 (vgl. mein TA-Artikel dazu vom 31.12.84). Doch statt das Konzept des «Wert- kontra Strukturkonservativismus» meines Erachtens überzustrapazieren – es bildet die Wirklichkeit nur unzureichend ab und ist als Träger einer sozialistischen Strategie zu brüchig, wie u.a. Ruedi Lüscher(Ein-

bruch 1983, S. 80ff.) gezeigt hat – gilt es einen realistischeren Bezug zu Volksinitiativen zu entwickeln, und nicht nach grossen Enttäuschungen in der Folge zu hoch geschraubter Erwartungen auch die Potentiale, welche mit den Volksrechten verbunden sind und weswegen Alternativbewegungen in der BRD und Österreich sie sich wünschen, zu verkennen. Ausser man koppelt sich völlig von Politik in der Tradition der Aufklärung ab – doch mit welcher Alternative?

Meiner Einschätzung nach sind Volksinitiativen auf absehbare Zeit mehr Faktoren zur Meinungsbildung und nicht deren Abschluss und Lift in die Verfassung. Es gilt also selbstkritischer zu sein beim Lancieren von nationalen Volksinitiativen, doch völlig sinnlos sind sie deswegen nicht. In unserem Fall könnten sie Anstoss zu einem neuen gesellschaftlichen Reformprozess sein, gerade weil wir mit der Enttabuisierung der Armee erst am Anfang stehen. Zumal die Einreichung der nötigen 100'000 Unterschriften innert 18 Monaten heute möglich ist – im Unterschied noch vor einem Jahr, um die letzte Frage Willy Spielers aufzunehmen. Garantieren vermag dies natürlich niemand. Doch wer andererseits so überzeugt von der «vorprogrammierten Kontraproduktivität» ist, hat viel Zuversicht verloren, traut Menschen heute und in den kommenden Monaten fast nichts mehr zu, schreibt sie gleichsam schon ab. Nur, wie sollen wir so unsere auch heute noch bestehenden Möglichkeiten ausschöpfen und jene von morgen erweitern?

Ich plädiere eher für ein antizyklisches politisches Verhalten. Nicht dem Zeitgeist entlang, sondern wider den Strom. Mir reicht's, wenn die Spitzen beinahe aller Parteien der Linken gleichsam auf der Tribüne auf bessere Zeiten warten, um dann, wenn sie wieder mal da sind – «irgendwie, durch irgendwen» – und mehr Akteure wieder antreten, sich noch schnell zum Captain machen zu lassen. Von der Glaubwürdigkeit wäre ohnehin noch mehr zu bedenken.

Ich bin nun bald sieben Jahre Mitglied verschiedener Leitungsgremien der SP auf allen drei politischen Ebenen. Ich vermag deren Repräsentanz für die fortschrittliche Bewegung nicht mehr zu erkennen. Eher sind sie Ausdruck der besonders Zögernden, Ängstlichen, Mutlosen – die sich nur von Taten überzeugen lassen, welche in einer ersten Phase ihrer Skepsis zum Trotz in Gang gesetzt werden müssen. Dies kann aber nur von ausserhalb der Parteien geschehen, zu denen mittlerweile in ihrer Mehrheit leider auch schon die Poch zu zählen sind. Im übrigen verliess Ragaz 1935 die SP, obwohl ihre Verankerung in der kritischen Bevölkerung des Landes noch ungleich grösser war als heute, so dass er heute schlecht als Kronzeuge für eine rein parteibezogene Strategie zur Gesellschaftsreform genannt werden kann. Müsste sich die SP angesichts der 25% Stimmbeteiligung, welche sie mit einer Regierungsratskampfwahl mit einer für Aargauer Verhältnisse überdurchschnittlichen Sozialdemokratin mobilisieren kann, nicht einmal etwas weniger selbstgerecht als bisher fragen, wo da wer weshalb den Zug der kritischen Geister verpasst hat?

Die SP wird sich gesamthaft erst der «Schweiz ohne Armee» öffnen, wenn wir ihr zeigen, dass viele für sie wichtige Menschen dies von ihr erwarten. Das kann in den kommenden sieben Jahren durchaus geschehen. Dazu können wir heute uns jedoch nicht auf die SP beschränken und unsere Aktion vom Standpunkt der Parteileitung und der sozialdemokratischen Parlamentarier abhängig machen.

Institutionen versus Bewegungen: zwei unterschiedliche Rationalitäten

Bloch formulierte zur Unterscheidung der hier aufeinanderprallenden politischen Rationalitäten zwei verschiedene politische Handlungsbegriffe: «Ein Handeln nach Massgabe des Möglichen, das Realistische involvierend», versus ein «Handeln mit dem Hintergrund eines ganzen In-Möglichkeit-Seins der Welt, es involviert über dem Vorsichtigen jenes erhoffbar Strahlende in der Welt, dass alles schlecht Vorhandene noch veränderbar ist» (1962, Gesamtausgabe, Bd. II, S. 417)

Abgesehen von unseren immer eingeschränkteren Wahlmöglichkeiten zwischen diesen zwei Handlungshorizonten: Sie sind es, welche derzeit Menschen – glücklicherweise jeweils nicht gänzlich – voneinander trennen, und den «Streit der Friedfertigen» durchaus nötig machen, was mit vorschnellen «Spaltungsvorwürfen» verkannt wird: Zwei

unterschiedliche «Rationalitäten», jeweils verkörpert in Institutionen versus Bewegungen, in den Worten Pestalozzis das, was «unten» von «oben» trennt. Für Martin Luther King, und das stimmt im heutigen Mitteleuropa noch ungleich mehr als für die USA zu dessen Lebzeiten, haben wir keine Wahl mehr: «Die Menschheit wird entweder auf Gewalt verzichten oder aufhören zu existieren.»

«Das Utopische selbst ist das Charakteristikum des Menschen», sagt Bloch. «Zu fragen bleibt also nach unserem politischen Umgang mit der Utopie» (Frisch). Ich hoffe nach wie vor, wir könnten uns – Willy Spieler und ich beispielsweise – zugunsten des Zukünftigen noch einigen. Denn er gehört für mich nicht zu jenen Sozialdemokraten, denen nachgesagt wird, sie hätten die Finger so überall drin, dass sie keine Faust mehr machen könnten: «Die objektiv-reale Möglichkeit umgibt die vorhandene Wirklichkeit wie ein unendlich grösseres Meer mit Realisierbarkeiten darin, die sozusagen auf unsere Faust warten.» (Bloch, Antizipierte Realität, STbNF 46, S. 107). Wer soll denn noch die Faust hervorholen und Politik am Möglichen orientieren und werten, wenn nicht Leserinnen und Leser der «Neuen Wege»?

Andreas Gross

Der Friede kommt nicht mit dem Stimmzettel

Lieber Andi Gross

Die «Neuen Wege» verharren keineswegs «im alten Unfrieden»; sie sind, soweit ich sehe, gar nie da hineingeraten. Auch solltest Du unsere Zeitschrift nicht einfach mit dem Standpunkt ihres Redaktors identifizieren. Dieser Standpunkt ist einer unter andern, die hier alle gleichberechtigt zu Wort kommen. Wer dabei dem Geist unserer Zeitschrift eher gerecht wird, ob die Befürworter oder die Gegner Eurer Armeeabschaffungs-Initiative, lasse ich offen. Eine letzte Gewissheit ist uns beiden in dieser Frage nicht gegeben. Gewiss ist für mich hingegen: Zu den «Neuen Wegen» gehört auch Ihr.

«Neue Wege zum möglichen Frieden»?

Allerdings meine ich, im «Wagen neuer Wege zum möglichen Frieden» bestehe der zentrale Auftrag des Redaktors unserer Zeitschrift. In meiner Antwort an Max Meier (NW 1985, S. 31ff.) habe ich eine ganze Reihe solcher Wege aufgezeigt. Ich ziehe sie der geplanten Initiative deshalb vor, weil Wege für mich nur einen Sinn haben, wenn sie nicht in einer Sackgasse enden. Die Position des «alles oder nichts» ist nicht politikfähig. Sie wirkt sich, wo sie trotzdem eingenommen wird, kontraproduktiv aus. Dass Ihr sie einnehmen müsst, dass Ihr damit Eurem Gewissen folgt, das respektiere ich an Eurem Vorhaben. Diese Gesinnungsethik ist mir selbst nicht fremd, und ich habe lange gezögert, dagegen eine Verantwortungsethik ins Feld zu führen, die auch die Folgen einer solchen Initiative bedenkt und in die Gewissensentscheidung einbezieht. Letztlich aber sind mir die helfenden Hände wichtiger als die reinen Hände. Und das heisst: Ich demonstriere meine Gesinnung nicht via Volksbegehren, wenn ich zur Überzeugung komme, damit mehr Wege zum Frieden zu blockieren als zu öffnen.

Wenn Du einfach alles, was nicht gleich auf eine Armeeabschaffungs-Initiative hier und jetzt hinausläuft, als «sehr real- und parlamentspolitische Schrittchen» beargwöhnst, dann müsste ich Dir die Gegenfrage stellen, warum Du nicht auch jede linke Strategie ablehnst, die nicht die sofortige Einführung des Sozialismus verlangen würde. Doch wohl nur, weil Sozialismus kein Endzustand ist, der sich verfassungsrechtlich fixieren liesse, sondern ein Prozess – genau wie der Friede. Und bist Du so sicher, dass die Armeeabschaffungs-Initiative der erhoffte grosse Schritt wäre, obschon er im Irrealis steht und niemand von Euch an einen Abstimmungserfolg glaubt? Wie wollt Ihr ein Umdenken herbeiführen mit einer Initiative, die Ihr selbst nicht ernst nehmt und mit der Ihr von rechts bis links nur Emotionen und Aggressionen auslöst: eine Stimmungslage, in der weder gesprochen, noch gedacht, noch gar *um*gedacht werden kann?

Du möchtest mich auf ein früheres Ja zur «Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee» festlegen. Dieses Ja habe ich so, wie Du es sagst, nie gegeben, konnte ich auch gar nicht, da der Text der Initiative erst seit kurzem bekannt ist. Was ich seit langem befürworte, ist die schrittweise Umstellung von der militärischen auf die soziale Verteidigung. Das war damals nicht anders, als wir das erste

Mal von Eurem Vorhaben hörten (vgl. NW 1981, S. 300f.). Anders lautet hingegen der Initiativtext, der sich faktisch auf die Negation der Armee beschränkt.

Was mir in der Zwischenzeit allerdings abhanden gekommen ist, das ist der Glaube an den Sinn von Initiativen, die vermutlich weniger als 40 Prozent auf sich vereinigen und daher nicht einmal einen Kompromiss (auf Verfassungs- oder Gesetzesebene) auslösen, oder die gar unter 20 Prozent fallen und nur noch kontraproduktiv wirken (z.B. Mitenand- und Mutterschaftsschutz-Initiative). Das sind doch Erfahrungen, die wir um der – notwendigen – Utopie willen nicht vernachlässigen dürfen. Utopien sollen auch nach Ernst Bloch «reale» sein, um uns wirklich vorwärts zu bringen. (Dass Bloch als Gewährsmann einer Armeeabschaffungs-Initiative wenig hergibt, sei nur nebenbei erwähnt.) Ich bleibe daher bei meiner These: Wer heute eine Initiative zur Abschaffung der Armee lanciert, verhilft dieser Armee zu einer massiven plebiszitären Legitimation.

Zur Gegenprobe zitiere ich für einmal Divisionär Rolf Binder, der in einem Interview mit der «Zürichsee-Zeitung» (12. Jan. 1985) gesagt hat: «Nun, das Beste wäre wohl, man führt eine Abstimmung über die Abschaffung der Armee durch. Darum hoffe ich sehr, dass die erwähnte Initiative zustande kommt; das wird ein ausserordentlich interessantes Plebiszit geben. Meiner Meinung nach dürfte das Resultat so eindeutig ausfallen, dass viele, die jetzt verunsichert sind, wieder festen Boden unter den Füssen bekommen und wieder von der Notwendigkeit einer starken Landesverteidigung überzeugt sein werden.»

Der Sinn der «Sozialen Verteidigung»

Den Begriff «Soziale Verteidigung» lehnst Du ab, weil er «immer noch viel zu sehr im Militärischen verhaftet» sei, von einem «Feind-» und «Bedrohungsbild» ausgehe, eine «defensive Igelmentalität» verrate. Natürlich setzt Soziale Verteidigung eine mögliche Bedrohung voraus, aber weniger die Bedrohung staatlicher Grenzen als vielmehr die Bedrohung humaner Werte. Woher nehmt Ihr die Gewissheit, dass eine humane Schweiz keine Feinde hätte? Ist es nicht eine geschichtliche Tatsache, dass gerade jene Länder, die sich in Richtung Sozialismus entwikkeln, am meisten Feinde haben? Je mehr sich die Schweiz unserer gemeinsamen Utopie von Sozialismus nähern würde, um so mehr hätte sie nicht nur zu verteidigen, um so mehr müsste sie sich vielleicht auch tatsächlich verteidigen. Und wäre dann Soziale Verteidigung nicht das genaue Gegenteil des militärischen Glaubens an die Gewalt (und sei diese noch so defensiv gemeint): politischer Ausdruck einer Feindesliebe, die den Feind umstimmt und nicht umbringt, politischer Ausdruck auch der Hoffnung auf das Reich Gottes, dessen Waffen spirituell und nicht militärisch sind?

Allerdings nimmst Du Deine Kritik an der Sozialen Verteidigung doch wieder zurück, indem Du sie zum «Teil einer umfassenden Friedenspolitik» erklärst. Was gilt nun eigentlich? Die Frage ist wichtig, weil Soziale Verteidigung nicht improvisiert werden kann, sondern einer nicht weniger intensiven, aber sehr viel phantasievolleren Vorbereitung bedarf als die militärische, und weil – verfassungsrechtlich gesprochen – die Zuständigkeit des Staates für die von ihm zu treffenden Massnahmen im Initiativtext nicht fehlen dürfte.

«Umfassende Friedenspolitik» mag für Euch keine «Leerformel» sein; so wie Ihr den Begriff präsentiert, in bezug auf «Soziale Verteidigung» erst noch widersprüchlich, ist er es für den Stimmbürger, den Ihr überzeugen möchtet.

Vom «Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist»

Weshalb ich in Eurer Initiative kein Veränderungspotential zu erkennen vermag, soll hier nicht wiederholt werden. Die «wertkonservativen» Kriterien, die ich zur Unterscheidung zwischen sinnvollen, sinnlosen oder gar kontraproduktiven Initiativen entwickelt habe, wiederspiegeln den Bewusstseinsstand der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes und erheben nicht den Anspruch, eine umfassende sozialistische Strategie zu sein. (Eine solche würde auch neue, «revolutionäre» Werte wie den Abbau von Hierarchien in der Gesellschaft, insbesondere in der Wirtschaft, die Überwindung der Rollenfixierung von Mann und Frau, die Vereinigung von Handarbeit und Kopfarbeit usw. enthalten, Werte freilich, die zuerst in autonomen Sektoren unserer Gesellschaft erprobt werden müssen und

sich nicht auf dem Initiativweg, über den Staat, «von oben» also, verwirklichen lassen.) Nur: Den Bewusstseinsstand unseres Volkes muss ernst nehmen, wer sich auf das Instrumentarium der Volksinitiative einlassen will.

Lieber Andi Gross, Du sprichst viel von Hoffnung. Aber Deine Hoffnung beschränkt sich zu sehr auf das Instrumentarium unserer direkten Demokratie. Du übersiehst, dass die entscheidenden Durchbrüche in der jüngeren Schweizergeschichte sich alle nicht – oder erst im nachhinein – mit dem Stimmzettel ereignet haben: von der Entstehung des Bundesstaates bis zu den staats- und gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Generalstreiks oder bis zur Gründung des Kantons Jura. Auch der Friede kommt nicht mit dem Stimmzettel oder dem Sammeln von Unterschriften, sondern durch ganz andere, tiefergreifende, weltweite Veränderungen, wie sie in der «Geschichte der Sache Christi» (Leonhard Ragaz) immer wieder eintreten – als Gabe wie als Aufgabe. Darum hilft revolutionäre Geduld – und Spiritualität – uns weiter als das Vorprellen mit einer Volksinitiative, die letztlich nur wieder das Bestätigungsritual des Status quo in Gang setzen würde.

Ihr spielt das Spiel des veränderungsunwilligen Bürgertums. Dieses verweist Euch auf den Weg der Volksrechte, wohl wissend, dass es ihn mit seinen ideologischen Agenturen, seinem Propagandaapparat, seinen fast unerschöpflichen Geldmitteln noch stets blockieren konnte. Mit Eurer Initiative setzt Ihr ein Vertrauen in die real existierende Demokratie, das diese gar nicht verdient. Die schmerzlichen Abstimmungsniederlagen des Jahres 1984 sollten Euch eines Besseren belehrt haben. Darum wäre mit Lassalle auch zurückzufragen: Geht das, was Ihr für Eure Initiative vorbringt, wirklich ohne «Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist»? Willy Spieler

Hinweis auf ein Buch

Albert Anderes: *Der Glaube in Theismus und Atheismus.* Verlag Ratio Humana, Zürich 1984. 75 Seiten, Fr. 10.–.

Der Verfasser der nachstehend vorgestellten Schrift ist der naturwissenschaftlich und religionsphilosophisch gebildete Präsident der Kommission «Sozialismus und Religion» der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich.

Die Frage nach der Hoffnung als Kraft zu einem sittlichen Leben, die dem «Glauben» entwächst, beschäftigt den Verfasser. Doch gewiss nicht nur ihn, sondern einen jeden, der denkend in der heutigen wirbelreichen Welt lebt. So wird der Leser mit Interesse diesen Weg der Wahrheitssuche verfolgen.

Anderes sucht dem Begriff des Glaubens innerhalb von Atheismus und Theismus nachzugehen, da dieser Begriff eine kraftvolle Bedeutung im Hinblick auf eine Zukunftshoffnung hat, die nach einem gestaltenden praktischen Ausdruck sucht. Da Angst und Hoffnung die Pole sind, um die das denkende Suchen nach der Wirklichkeit des Glaubens kreist, hofft Anderes in einer Auseinandersetzung mit dem Theologen Karl-Heinz Weger S.J., gestützt durch Thesen von Erich Fromm und Heinz Robert Schlette, die Wirklichkeitsgrundlage der Glaubenshaltungen des Theismus und Atheismus zu finden, was «ein intuitives Verstehen in ungewöhnlichem Masse herausfordert» (Hans Sachsse). Eine solche Grundlage wird auch gegen ein autoritatives theologisches Denken sprechen. Dieses verbaut nämlich durch seine methaphysische Angst den Weg zu einem «zukunftsorientierten, emanzipatorischen und evolutionär aufgebauten Theismus, der wie ein modifizierter Atheismus befreiend und motivierend für die Menschheit wirken könnte».

Wie ein persönliches Bekenntnis liest sich Anderes' Suche nach der Wahrheit, in einem eingehenden analytischen Dialog zwischen dem theistischen und atheistischen Denken, auf der evolutionistisch erlebten Erfahrungsebene des Menschen. Seine tiefschürfende denkerische Auseinandersetzung um den «Glauben» mündet schliesslich in die Erkenntnis aus: «Der ständige Versuch, in die tiefsten Geheimnisse der Seinsgrundlage einzudringen, lässt noch immer nur Ahnungen, aber keine Antworten, zu. . . Die Ahnungen, welche sich dem ernsthaft Suchenden präsentieren, deuten auf eine Wahrheit in der Erkenntnis, welche auch die Hoffnungselemente in Theismus und Atheismus übergeordnet zusammenfasst und verbindet.»

Die nicht leicht zu lesende Schrift schenkt dem mit seinen Bemühungen nicht nachlassenden Leser reiche Anstösse zur Erforschung seines eigenen Glaubensgutes und dessen Bedeutung für sein sittliches Handeln in allen Lebensbereichen. Willi Kobe